



Referat zu den Herbstveranstaltungen des AK GEB BW

„Motivierendes Lernen in einer Schule für alle – fit für die Anforderungen in Deutschland, Europa und weltweit“

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

herzlichen Dank für Ihr Kommen und Ihr Interesse an diesem Thema.

Seit vielen Jahren haben wir Eltern uns für eine Reform dieses Schulwesens stark gemacht.

Mit dem laufenden Schuljahr haben die Schulen in Baden-Württemberg begonnen die von der Politik gewünschte Reform in diesem Schulsystem umzusetzen.

Mit den neuen Bildungsplänen sollen die Schulen mehr Eigenverantwortung, größere Freiheiten und mehr Selbständigkeit erhalten. Die „neue Lernkultur“ schreibt nicht mehr vor, welcher Stoff behandelt werden muss, sondern gibt vor welches Wissen und welche Kompetenzen die SchülerInnen erwerben sollen und was sie am Ende eines Lernabschnittes können.

Dies bedeutet eine höhere Verantwortlichkeit seitens der Lehrkräfte, welche ab sofort mit vielfältigen Methoden und im Team arbeiten.

Die Lehrerin/der Lehrer als Einzelkämpfer hat demzufolge ausgedient. Und ausgedient haben auch die alten, vor vielen Jahren angefertigten und jedes Jahr aufs Neue hervorgeholten Unterrichtsaufschriebe.

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung der von Elternseite schon sehr lange gefordert wurde.

Wir Eltern befürchten allerdings, dass unsere LehrerInnen auf diese neue Lernkultur nicht entsprechend vorbereitet sind.

Beim Elterntag des LEB im Oktober d. J. konnten wir von Herrn Prof. Rauin erfahren, dass er, bei einer sicher nicht repräsentativen Umfrage unter Lehrkräften, auf die Frage, was sich durch die Reform für ihren Unterricht verändert, von rund 70 % die der Befragten die Antwort erhielt: Nichts!

Das stimmt nachdenklich.

Wir haben nun Bildungsstandards, Kern- und Schulcurricula (*Unterrichtszeit für die Profilierung der Schule und die Vertiefung und Verbreiterung von Wissen*) sowie

Kontingenzstundentafeln (*diese beziffern die Gesamtstundenzahl für ein Fach, diese können nun von der Schule selber verteilt werden*).

Fächerverbände runden das Bild ab. Inwieweit in diesen Fächerverbänden Einzelbegabungen untergehen oder gefördert werden, muss genau beobachtet werden.

Eine Überprüfung des Lernerfolges alle zwei Jahre durch landesweite Vergleichsarbeiten, deren Ergebnisse schulintern verbleiben, ist ebenfalls eine Neuerung der Reform.

Wir erwarten, dass für Eltern und SchülerInnen Transparenz erzeugt wird. Wenn diese Ergebnisse hinter verschlossenen Türen beraten werden, steht zu befürchten, dass Verbesserungen nicht im gewünschten Maß erfolgen.

In diesem Schuljahr kommen lt. Information vom Kultusministerium 5000 neue LehrerInnen. 500 zusätzliche Lehrerstellen wurden geschaffen – auch das begrüßen wir ausdrücklich. Andere Quellen, wie die der GEW nennen andere Zahlen. Aber darüber wollen wir uns jetzt nicht auslassen – es wäre schon mal interessant, detaillierte Zahlwerke zu erhalten.

Meine Damen und Herren, der **AK GEB BW** als das Elternngremium in Baden-Württemberg, welches an der Basis und durch die Basis orientiert ist, hat in unzähligen Gesprächen mit Eltern, Elternvertretern aber durchaus auch mit Lehrern und Schulleitungen, mit Firmen und Ausbildern usw. Stimmungen, Tendenzen, Vorschläge und Ideen zusammengetragen und diese in einem Positionspapier unter Berücksichtigung der internationalen Vergleichstudien, insbesondere PISA 1, formuliert.

Deutschland schaute nach dieser Studie über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus und lenkte seinen Blick kurz auf Schulsysteme in anderen Ländern.

Weitere Studien wie IGLU folgten.

Es wurde deutlich, dass der positive Umgang mit Heterogenität und daraus resultierend die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen eines der „Geheimnisse“ der erfolgreichen Staaten ist.

Und wir nahmen wahr, dass es noch etwas interessantes bei vielen erfolgreichen Staaten gab.

Diese sortieren ihre Schüler nicht – aus.

Und wir mussten uns sagen lassen, dass in Deutschland, wie in keinem anderen Land, der soziale Hintergrund eines Kindes entscheidend über dessen Bildungschance ist.

Meine Herren und Damen, unser Schulbildungssystem ist darauf ausgelegt, dass alle Kinder in einer homogenen Gruppe (Klasse) gleichzeitig mit dem Lernen fertig werden müssen. Da bei Kindern aber die Lernwelten weit auseinander gehen, kommt es nun einmal vor, dass einige Kinder mit dem Lernen noch nicht fertig sind, wenn bestimmte Fertigkeiten abgefragt werden. Dann wird in unserem Schulsystem ausgesondert – zunächst vielleicht durch eine Wiederholung der Klasse, dann durch ein Durchreichen in die jeweils niedrigere Schulart.

Es ist also höchste Zeit, dass wir uns von dem Irrglauben verabschieden, dass in homogenen Klassen alle Kinder gleich gefördert werden.

Mit der begonnenen Reform in BaWü wird dieses zielgleiche Lernen nicht in Frage gestellt. Aber das Festhalten am „zielgleichen“ Lernen wird das „Schub – Kastensystem“ verstärken.

Diese Reform wird erreichen, dass noch früher sortiert wird. Eine erhöhte Konfrontation zwischen Schule und Elternhaus wird das Resultat sein.

Die Hauptforderung, welche sich aus den internationalen Vergleichstudien ergibt, nämlich eine gemeinsame Basisschule für alle über einen langen Zeitraum, wird mit dieser Reform nicht umgesetzt.

Deshalb verändert sich für die Bildungssituation insgesamt kaum etwas spürbar – und ganz sicher nicht für die schwächeren in dieser Gesellschaft.

Eine tatsächliche Reformdebatte in der Breite hat nicht stattgefunden. Wie Frau Ministerin Dr. Schavan immer wieder betont hat, wurde bereits vor PISA 1 an der Reform gearbeitet, ausreichend beraten und erprobt.

Wurde die Schulstrukturfrage deshalb so rigoros ausgeklammert?

Sind die vorhandenen Strukturen überhaupt geeignet den heutigen Anforderungen gerecht zu werden?

Schauen wir einmal auf den Alltag, dem Ist-Zustand im Leben unserer Kinder, wenn diese „schulreif“ werden.

Die allermeisten Kinder wollen in die Schule, sie wollen lernen, sie sind neugierig, offen und gespannt auf ihr Leben als „Schulkind“. Sie sind ca. 6 Jahre alt, wenn sie eingeschult werden, voller Lerneifer und natürlicher Wissensbegierde.

Doch anstatt dies zu fördern, werden die Kinder bereits in sehr jungen Jahren einem hohen Leistungsdruck ausgesetzt. Kaum dass sie in der Grundschule sind, werden sie sortiert. In vielen Fällen bereits vorher.

Nach Noten und nach sozialer Herkunft. Wenn sie nicht in die „Norm“ passen, gibt es ja eine entsprechende Einrichtung, wo sie dann untergebracht werden.

Viele Kinder leiden unter dem Druck, der da durch Schule auf sie wirkt.

Verstehen Sie es bitte richtig, es geht nicht darum gute Leistungen von Grundschulpädagogen infrage zu stellen. Schließlich hat IGLU bestätigt, dass die heterogenste Schulart, nämlich die Grundschule, in Deutschland durchaus respektable Leistungen erbringt. Es geht darum Kinder nicht zu etikettieren.

Manchmal geben Eltern den Druck, den Schule macht, noch zusätzlich an ihre Kinder weiter.

Mit Blick auf den weiteren Lebens- und Berufsweg und mit Blick auf die Wirtschaftslage im Land wollen Eltern ihren Kindern mit einer guten Schulbildung den Weg ebnen. Mit allen Mitteln und manchmal mit den falschen Mitteln.

Ein Auftrag von Schule ist es, auf das Berufsleben vorzubereiten.

Nicht ganz ohne Praxisbezug zur realen Arbeitswelt ist eine weitverbreitete Auffassung in der Bevölkerung, das nur derjenige eine erfolgversprechende Zukunft mit einem angesehenen Beruf und gutem Einkommen hat, der über eine hohe Bildung verfügt.

Dies macht das Gymnasium zur begehrtesten Schulart.

Danach kommt die Realschule – diese besuchen die SchülerInnen, welche es nicht im ersten Anlauf mit der **Grundschulempfehlung** auf das Gymnasium geschafft haben. Übrig bleiben die HauptschülerInnen – die sich in den seltensten Fällen für diese Schulart freiwillig entschieden haben.

Á pro pos Grundschulempfehlung – in Baden-Württemberg ist diese keine Empfehlung im Sinne des Wortes, sondern ein Befehl!

Zu erwähnen sind noch die Förder- und Sonderschulen – hierzu gibt es in diesem Referat einen eigenen Abschnitt.

Wir denken vom Gymnasium her – dies spiegelt sich auch in den Ausgaben wieder, welche über die Schularten (segensreich)) verteilt sind. Für das Gymnasium geben wir in Deutschland das meiste Geld aus!!!

Dabei kommt es auf den Anfang an!

Andere Länder investieren hier wesentlich mehr als Deutschland.

Die durchgängige Aussage der erfolgreichen Länder ist nun einmal, dass alle unsere Kinder in den Anfängen des Lernens viel mehr benötigen, als wenn sie bereits mehrere Jahre Schulzeit hinter sich haben.

Auf den Anfang kommt es an – darauf haben Pädagogen, haben Erziehungswissenschaftler auch in Deutschland, oft genug hingewiesen.

Und in Baden-Württemberg haben sich verschiedene Verbände an einen Tisch gesetzt und genau zu diesem Thema ein umfangreiches Papier entworfen. Diese Verbände mit ihren verschiedenen Aufgaben und Interessen haben es geschafft eine gemeinsame Position zu beziehen.

Wir sprechen hier von der Gewerkschaft für Erziehung und Unterricht, vom Verband der Bildung, vom Grundschulverband, von der Aktion Humane Schule, vom Arbeitskreis der Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg und vom Landeselternbeirat, die sich in der Gemeinsamkeit des **Runden Tisches Grundschule** für eine längere gemeinsame Lernzeit ausgesprochen haben.

Der AK GEB BW spricht sich in seinem Positionspapier eindeutig dafür aus, dass Sonderschulen als selektive Schulart weitestgehend überflüssig zu machen sind. Dies gilt auch für Förderschulen.

Ein ganzheitliches Bildungssystem beginnt bereits (lange vor dem) im vorschulischen Bereich. In der Zusammenarbeit mit den Eltern sind hier die ersten Maßnahmen einer individuellen Sprachförderung zu ergreifen. Ziel muss es sein, dass alle Kinder den Vorschulbereich unentgeltlich besuchen.

Die Erzieherinnenausbildung ist qualitativ zu verbessern. Besondere Bedeutung erhalten die Bereiche Spracherziehung, differenzierte Beobachtung und Erkennen von Defiziten und Begabungen.

Vorschulische Einrichtungen sind Bestandteil des Bildungssystems. Umfassende Sprachkenntnisse, in Deutschland nun einmal in der Landessprache Deutsch, sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass ein Kind dem Geschehen in Kindergarten und Schule folgen kann. Darüber gibt es, so meinen wir, keinen Streit.

Wir Eltern wollen sicher sein, dass unsere Kinder, wenn sie in den Kindergarten, in die Kita, kommen, nicht nur beaufsichtigt, sondern auch gezielt gefördert werden. Dies setzt voraus, dass in der ErzieherInnenausbildung Schwerpunkte auf diagnostische Maßnahmen zu legen sind. Und dass entsprechende Sprachfördermaßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Eltern zu ergreifen sind. Eine Integration aller Eltern in vorschulische und schulische Einrichtungen, vor allem, wenn andere Sprach- und Kulturhintergründe gegeben sind, muss mit verschiedenen Maßnahmen erreicht werden.

Von der Mär, dass Schulanfänger auch Lernanfänger sind muss man sich schleunigst verabschieden. Es ist für Kinder auch keine Strafe zu lernen. Es kommt darauf an, wie dieses Lernen geschieht.

Wir Eltern wollen selbstverständlich nicht, dass unsere Kinder im Kindergarten beschult werden in dem Sinn, in dem wir alle Schule kennen. Wir wollen aber, dass Fachkräfte in enger Zusammenarbeit mit uns Eltern individuelle Fördermaßnahmen einleiten und durchführen.

Wir fordern, dass der frühkindliche Erziehungs- und Bildungsbereich einen deutlich höheren Stellenwert erhält, als er bisher hat.

Dies muss auch in der Qualifikation der ErzieherInnen durch akademische Abschlüsse erkennbar sein.

Zum einem, weil es notwendig ist, dass unsere Kinder in den Anfängen ihres Lernens mit hochqualifizierten ErzieherInnen die besten Startchancen erhalten. Zum zweiten wird es Zeit, dass mit einer Ausbildung an der Hochschule die Wichtigkeit unterstrichen wird, welche die

frühkindliche Bildung hat. Die Befürchtung, dass junge Menschen sich nicht mehr für diesen Beruf entscheiden, weil er zu anspruchsvoll wird, teilen wir nicht – im Gegenteil, wir erwarten eine deutliche Aufwertung des Berufsbildes ErzieherIn und wir erwarten auch, dass wir für diesen Bildungsbereich mehr junge Männer gewinnen können.

Dass wir daneben die in vielen Kindergärten bereits heute geleistete gute Arbeit nicht schmälern wollen, versteht sich von selbst.

Die Kooperation von Kindergarten und Schule muss stimmen. Eine enge Zusammenarbeit ist daher zu gewährleisten. Wir wissen heute mehr denn je, dass bereits lange vor der Einschulung die Weichen für erfolgreiches Lesen und Schreiben gestellt werden.

Eine Einschulung der Kinder im sechsten Lebensjahr ist anzustreben. Die Entscheidung darüber liegt bei den Eltern, welche von den Fachkräften aus Kindergarten und Schule umfassend beraten werden. Hierbei ist die individuelle Förderung sowie die professionelle Begleitung und Hilfestellung bei Verhaltensauffälligkeiten Teil des Gesamtkonzeptes des Bildungssystems.

Früherkennung und Frühförderung sind ganz wesentliche Voraussetzungen für den Lernerfolg unserer Kinder.

Im Sinne der Chancengleichheit muss der Besuch der vorschulischen Bildungsstätte kostenfrei sein.

Natürlich sind unsere Forderungen mit hohen finanziellen Ansprüchen verbunden, gerade bei der derzeitigen Haushaltslage – trotzdem wird es endlich Zeit, dass sich die Gesellschaft und die EntscheidungsträgerInnen mal darüber Gedanken machen, welchen Stellenwert sie unseren jüngsten BürgerInnen zusprechen.

Und es stellt sich die Frage, welches Zukunftsbild dieses Land, die Bundesrepublik Deutschland, hat, wenn militärische Ausgaben die Ausgaben für Bildung um ein Vielfaches übersteigen!

Unter einem verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit unserer Kinder verstehen wir u.a., ihnen durch ein breites Bildungsangebot alle Möglichkeiten für eine sinnvolle Lebensgestaltung in dieser modernen Wissensgesellschaft mit zu geben.

Bei manchen PolitikerInnen scheint der verantwortungsvolle Umgang mit der Lebenszeit unserer Kinder unter dem Aspekt Kostenreduzierung zu laufen.

Das bestehende, selektive Schulsystem bedarf einer Neuorientierung. Die Struktur des Bildungssystems muss dahin geändert werden, dass die individuelle Förderung jedes Kindes gewährleistet wird. Daher erachtet der Arbeitskreis der Gesamtelternbeiräte BW eine grundlegende Reform als notwendig.

Das mehrgliedrige Schulsystem ist erwiesenermaßen kein Naturgesetz, sondern eine von Menschen geschaffene Einrichtung, welche möglicherweise (bitte mit großem Fragezeichen) im letzten Jahrhundert eine gewisse Berechtigung gehabt hat. Heute hat diese Form des Aussortierens keine Berechtigung mehr. Schule und Stigmatisierung passen nicht zusammen.

Selektion ist kein pädagogisches Mittel, es schließt eine individuelle, differenzierte Förderung aus.

Unser mehrgliedriges Schulsystem lässt es zu, SchülerInnen, welche den standardisierten Lernrhythmus in einer homogenen Gruppe nicht im Gleichschritt durchschreiten, aus der jeweiligen Lerngruppe zu entfernen und in eine andere – meist schwächere Lerngruppe zu stecken. Selbstverständlich nur zum Wohl des Kindes!!

Dabei zeigen die erheblichen Leistungsstreuungen und auch Leistungsüberschneidungen zwischen SchülerInnen verschiedener Schularten ganz klar, dass die Selektion in diesem Schulsystem nicht gelingt.

Hinzu kommt, dass die frühe Selektion bei vielen Kindern Angst auslöst. Versagensängste und bereits im Grundschulalter Zukunftsängste sind keine Einzelfälle – und Angst ist ein sehr schlechter Lernbegleiter.

Dies ist erschreckend zu wissen und noch erschreckender ist es, dass wir nicht erkennen, wo mit der jetzigen Reform hier Verbesserungen erzielt werden, damit diese Ängste nicht mehr auftreten.

Mit den Diagnosearbeiten in der Grundschule soll nun ein Instrument vorhanden sein, dass den Lehrkräften eine gezielte Förderung eines jeden Kindes ermöglicht. Der Gedanke ist gut – nur wir befürchten, dass die Diagnosearbeiten auch ein Instrument der Selektion sein können.

Begründung: Die Diagnosearbeiten sollen dazu dienen, individuelle Fördermaßnahmen durchzuführen – wir befürchten allerdings, dass schlechte Ergebnisse zur Begründung dienen werden, die Kinder zu Fördermaßnahmen in die Förderschule zu schicken und sie eben nicht auf der Grundschule zu stärken.

Prof. Dr. Hans-Joachim Fischer von der Pädagogischen Universität Ludwigsburg, Erziehungswissenschaftler und Vorsitzender des Grundschulverbandes, sagt:

„Die Indizien, die mittlerweile gegen die frühe Selektion schulischer Laufbahnen sprechen, würden ausreichen, vor Gericht eine Verurteilung zu begründen.“

Damit eine verbesserte Bildungs- und Sozialkompetenz für unsere Kinder erreicht wird, ist der AK GEB BW der Überzeugung, dass sich ein längerer gemeinsamer Verbleib in einer 9-jährigen Basisschule (Regelschule) vorteilhaft auswirkt. Daher ist die Aufhebung des mehrgliedrigen Schulsystems geboten.

Meine Damen und Herren, die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen ist keine neue Erfindung. Die positiven Vorteile sind allen Pädagogen wohl bekannt. Nach den internationalen Vergleichstudien ist diese Forderung erneut aufgekommen. Zumal die deutsche Öffentlichkeit erkannte, dass europäischer und internationaler Standard längere gemeinsame Lernzeiten aller Kinder vorsieht, die deutlich über die vier Jahre Grundschulzeit, wie in Deutschland üblich, hinausgeht. Und dies auch noch wesentlich erfolgreicher als das selektierende mehrgliedrige deutsche Schulsystem.

Eine längere gemeinsame Lernzeit bietet darüber hinaus eine bessere Gewähr für Einschätzungen in Hinblick auf die weitere Gestaltung der Lernbiographie eines Kindes. Es nimmt Druck von den Kindern, aber auch von den Eltern und LehrerInnen.

Die Handwerkskammer, die GEW, Bündnis90/Die Grünen, die SPD, der Bundeselternrat, der Runde Tisch Grundschule (mit seinen Einzelverbänden) – alle sprechen sich für eine Schule für alle aus, durchschnittlich mit 9-10 Jahren gemeinsamer Schulzeit!

Schule als Teil der Gesellschaft darf nicht länger dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler ausgegrenzt werden.

Dazu gehört auch das „Sitzen bleiben“. Dieser teuer finanzierte Schwachsinn, welchen wir uns leisten und welcher in diesem mehrgliedrigen Schulsystem möglich ist. Es ist nicht motivierend, wenn SchülerInnen wegen Teilleistungsschwächen eine Klasse mit allen Fächern wiederholen müssen. Auf schlechte Leistung rechtzeitig mit individueller Förderung von schulischer Seite zu reagieren, würde erhebliche Kosten einsparen und hätte keine demotivierende Wirkung auf SchülerInnen.

Für alle SchülerInnen, welche sich jetzt in der schulischen Ausbildung befinden, steht die Qualitätsverbesserung des Unterrichtes an erster Stelle.

Eine Hauptaufgabe von Schule ist es, die SchülerInnen zum Lernen zu motivieren und diese Motivation aufrecht zu halten.

Dazu gehört, dass Demütigungspädagogik geächtet wird und aus den Schulen verschwindet. Dazu gehört eine positive und lobende Erziehung.

Dazu gehört, dass den Kindern Respekt entgegen gebracht wird und man ihnen etwas zutraut.

Dazu gehört Vorleben von Werten wie Pünktlichkeit, Höflichkeit usw.

Eine Lehrperson, welche erst Minuten nach dem Klingelton ins Klassenzimmer tritt, muss sich nicht wundern, wenn Kinder ebenfalls nicht pünktlich sind.

SchülerInnen, welche unhöflich behandelt werden, werden unhöflich.

Schule muss Kompetenzen vermitteln und Chancengleichheit herstellen. Das ist keine einfache Aufgabe. Und gerade deshalb müssen die Rahmenbedingungen stimmen, sowohl in personeller als auch in räumlicher Hinsicht.

**Die Schule ist ein Haus des Lernens, Lehrens und Lebens.
Sie ist Ort der Begegnungen.**

Schulbauten sind an den Erfordernissen und den Bedürfnissen der im Lebensraum Schule lebenden Menschen auszurichten. Die Kreativität, der in der Schule lebenden Menschen, ist wo immer möglich einzubinden. Dem Lern- und Bildungsplan entsprechend sind Fach- und Unterrichtsräume einzurichten. Bibliotheken, Lernmittel sowie Medienräume (Sprachlabor, Computerräume..) gehören zur Grundausrüstung einer modernen Schule. Räumlichkeiten für die individuelle Förderung von Schülern und Schülerinnen sowie Lehrerbüros und weitere Räumlichkeiten (z. B. Schulsozialarbeit, Beratungszimmer, Erste-Hilfe-Raum, Elternraum) sind vorzusehen.

Die Größe und Ausstattung einer Aula, sowie ein Bereich für Verpflegung sind der Schülerzahl anzupassen. Dies gilt auch für den Sportbereich.

Das Raumangebot in einer Schule muss stimmen – ohne vernünftige Klassen- und Fachräume ist auch kein vernünftiger Unterricht zu machen.

Viele Kinder kennen über Jahre hinweg keinen eigenen Klassenraum. Reinhard Kahl, Bildungsjournalist und Filmemacher, zitiert in seinem Film: „**Spitze-Schulen am Wendekreis der Pädagogik**“ aus dem PISA - Gewinnerland Finnland:

„Der Raum ist der zweite Pädagoge“.

Schauen Sie sich mal ein „Regelklassenzimmer“, spez. in weiterführenden Schulen bei uns an. Trauen Sie solch einem Raum pädagogische Qualitäten zu?

Ein gemeinsames Mittagessen in der Schule stärkt Leib und Seele. Da ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Außer, dass dies, vor allem für berufstätige Eltern, eine große Erleichterung ist.

Ganz nebenbei, Eltern müssen sich nicht dafür rechtfertigen, dass sie berufstätig sind und Ganztageseinrichtungen fordern bzw. in Anspruch nehmen.

Noch eine kurze Randbemerkung zum Sport und Sportbereich. Eines der beliebtesten Unterrichtsausfallfächer. Sei es, weil es nicht genügend Sportkapazität gibt, sei es, weil nicht genügend Sportpädagogen im Staatsdienst sind. Es wird höchste Zeit, verstärkt Sportprofis aus den Sportverbänden und –vereinen in den schulischen Unterricht zu integrieren. Und es wird höchste Zeit den Sportunterricht moderner zu gestalten. Es muss mehr auf die

Bedürfnisse der jungen Menschen eingegangen werden. Warum bitte nicht „Hipp Hopp“ oder ähnliches in den regulären Sportunterricht und nicht nur als Ergänzungsunterricht? Sport soll doch in erster Linie Spaß machen und anleiten lebenslang aktiv Sport zu betreiben. Auch hier ist es eine Frage der individuellen Förderung – bei einer Klasse mit 33 oder mehr Kindern ist es sehr unwahrscheinlich, dass alle begeisterte GeräteturnerInnen sind.

Und der Zusammenhang zwischen aktiver sportlicher Betätigung und „Denkleistung“ ist bekannt.

Schule ist ein zentraler Lebensbereich der Schüler und Schülerinnen. Die Unterrichtseinheiten sind altersgerecht und pädagogisch sinnvoll auf den Vor- und Nachmittag zu verteilen. Außerhalb des Unterrichts müssen entsprechende Freizeitangebote mit den entsprechenden Einrichtungen vorgesehen werden.

In einer kreativ gestalteten Ganztageschule stecken sozial und didaktisch enorme Potentiale – die auch über die Schule hinaus wirken können. Ganztageschule darf keine Verlängerung der 45-Minuten Wissensabarbeitungspäckchen sein. Das Lernen muss sich diversifizieren in Klassen-, Projekt- und Selbstübephasen.

Wesentliche Elemente von Schule sind die Angebote, die außer Unterricht angeboten werden. Dieser sog. Ergänzungsunterricht muss weiterhin selbstverständlicher Bestandteil des schulischen Alltags bleiben. Nur in begründeten Ausnahmefällen darf ein Ergänzungsunterricht für Eltern kostenpflichtig sein. Dies gebietet der Grundsatz der Chancengleichheit. Es darf nicht sein, dass SchülerInnen von wesentlichen Inhalten der Schule ausgeschlossen werden, weil der Geldbeutel der Eltern es nicht hergibt. Bei den derzeitigen Streichkonzerten steht zu befürchten, dass sich das Land nur noch für den „Pflichtteil“ zuständig fühlt.

Eltern dürfen nicht noch mehr finanziell belastet werden - Schule ist- ich erwähne dies nochmals - eine von der Gesellschaft gewünschte Einrichtung - sie muss Chancengleichheit herstellen.

Schule ist mehr als reine Fachvermittlung und Abfragen von schulischen Leistungen mit der Binnendifferenzierung „Noten“.

Noten sagen nicht viel über die Fähigkeiten eines Kindes aus. Noten in einem Abschlusszeugnis attestieren, dass ein standardisiertes Wissen mehr oder weniger gut vorhanden ist. Eine Aussage über die individuellen Fähigkeiten ist nicht erkennbar. Noten lassen auch keinen Rückschluss auf die Lebenstauglichkeit zu.

Wir wollen für unsere Kinder eine individuelle Beurteilung, die erkennen lässt, wo sie Fortschritte gemacht haben und welche aufzeigt, welche Schritte unternommen werden, damit sie die gesetzten Ziele erreichen.

Schule muss als System dafür Sorge tragen, dass die Bedingungen stimmen, welche für die Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes und somit die Fähigkeit zur Selbstbestimmung, notwendig sind.

Ziel muss sein, Sonderschulen als selektive Schulart weitestgehend überflüssig zu machen und alle Kinder in die Regelschulen zu integrieren. Sonderpädagogik und weitere Fachkräfte für soziale und individuelle Förderung des einzelnen Kindes sind Voraussetzung in einem inklusiven Schulsystem

Weitestgehend überflüssig zu machen bedeutet auch, das eine tun und das andere nicht lassen.

Eine Schule für alle, eine Schule ohne Ausgrenzung, bedeutet daher nicht, alle Sonderschulen mit sofortiger Wirkung zu schließen, sondern überlässt den Eltern die Entscheidung, die sie für ihr Kind und für ihre Familie als die richtige erachten. Und das ganze mit ergebnisoffener, professioneller Beratung.

Jeder Mensch ist Teil dieser Gesellschaft und hat den Anspruch darauf als vollwertiges Wesen anerkannt zu werden.

Daher spricht sich der AK GEB BW für **ein inklusives Schulsystem** aus. Integrative Ansätze sind in manchen Schulen vorhanden – das loben wir ausdrücklich.

Zum Verständnis:

In einem integrativen Schulsystem sucht man sich die Kinder raus, die (nach Ansicht der jeweiligen Schule) in die Regelschule „passen“. In einem inklusiven Schulsystem sind bereits alle drin, Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder aus allen sozialen Lebensbereichen – es gibt keine Ghettos.

Wir sind überzeugt, dass die soziale Kompetenz der Kinder gestärkt wird, wenn sie bereits in jungen Jahren lernen und gelehrt werden mit Unterschiedlichkeit umzugehen.

Dies setzt natürlich voraus, dass entsprechend gut ausgebildete Pädagogen, Sonderpädagogen und weitere Fachkräfte an der Schule sind.

Ich zitiere Herrn Prof. Dr. Andreas Hinz, Lehrstuhl für Sonderpädagogik, Leipzig:

„Gemeinsamer Unterricht meint das unterrichtliche Lernen von SchülerInnen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.

Schule ist jedoch weit mehr als Unterricht. Lernen findet überall und jederzeit statt! Deshalb spielen soziale Kontakte zwischen behinderten und nichtbehinderten SchülerInnen innerhalb und außerhalb der Schule – dem Lebensraum des Lehrens und Lernens – eine gleichsam wichtige Rolle.

Letztlich ist die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit behinderten Menschen heute keine offene Frage mehr, die stets neu zu diskutieren ist.

In einem demokratischen, sich humanen und freiheitlichen Werten verpflichtet wissenden und rechtsstaatlich organisiertem Land innerhalb der europäischen Union sind Menschen mit Behinderungen vorbehaltlos als gleichberechtigte, vollwertige und mündige Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten anerkannt.

Hierzu gibt es, angefangen beim Grundgesetz, verbindliche Regelungen – daran mangelt es sicher nicht – wohl aber daran, diese nachhaltig umzusetzen.

Wie geht eine Gesellschaft mit ihren behinderten Menschen um?“

Mit den neuen Bildungsplänen und der Möglichkeit der Schulprofilierung ist eine größere Bereitschaft der einzelnen Schule an einer Integration eher unwahrscheinlich.

Die Lehrkräfte benötigen eine qualifizierte und verbesserte pädagogische Ausbildung. Sie arbeiten im Team. Eine ständige zielgerichtete Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte ist sicherzustellen.

Eine Reform der LehrerInnenausbildung trägt bereits zarte Früchte. Diese von Elternseite immer wieder geforderten Veränderungen müssen sich stärker an den Bedürfnissen der Praxis ausrichten. Eltern bemängeln häufig die Eingleisigkeit des Berufes LehrerIn und den Mangel an direktem Bezug zur Welt außerhalb der Schule.

Als SchülerIn in der Schule, als SchülerIn auf der Hochschule, als LehrerIn wieder in der Schule. Und dies bei der Vorgabe des Schulgesetzes, dass Schule auf das Berufsleben vorbereitet.

Zukünftige LehrerInnen müssen in ihrer Ausbildung lernen, dass sie Kinder mit unterschiedlichen Begabungen unterrichten und nicht Fächer. Selbstverständlich gilt dies auch für die bereits im Berufsleben stehenden LehrerInnen.

Dies bedeutet nach unserer Auffassung, dass alle LehrerInnen, neben einer fundierten Fachausbildung, eine umfassende pädagogische Ausbildung erhalten. Grundlegendes Wissen über Kinder – und Jugendpsychologie müssen in einer modernen Lehrerausbildung selbstverständlicher Bestandteil sein. Genauso selbstverständlich ist das Wissen über verschiedene Lernmethoden und deren Anwendung.

Wichtig erscheint uns, dass eine genaue Überprüfung der Qualifikation der LehramtsanwärterIn bereits an den ausbildenden Hochschulen erfolgt. Dabei sind Praktika, welche an Schulen, durchaus auch an ausländischen Schulen absolviert werden, mit zur Beurteilung heranzuziehen. Hierbei kann bereits frühzeitig die Sozialkompetenz, der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die Teamfähigkeit und vieles mehr erkannt werden. Eine Einstellung in den Schuldienst darf nicht nur über Prüfungsnoten erfolgen.

Beförderungen müssen leistungsabhängig vorgenommen werden. Zur Beurteilung der einzelnen Lehrperson ist daher zu bewerten, wie gut sie sich für das System Schule weitergebildet und bewährt hat.

Selbstverständlich dürfen Sanktionen nicht mehr mit einem Tabu belegt sein.

Entwicklungsprozesse innerhalb einer Schule können nur dann erfolgreich sein wenn Klassenzimmertüren für „NichtschülerInnen“ offen sind. Wünschenswert ist eine kritische Reflektion des Unterrichtes durch und mit KollegInnen.

Die Sorge von Lehrpersonen, dass hierbei ihre pädagogische Freiheit beschnitten wird, können wir Eltern nicht teilen und sehen uns da auch bestätigt durch entsprechende päd. Konzepte an deutschen Schulen, aber auch an ausländischen Bildungssystemen.

Wir Eltern erwarten, dass sich LehrerInnen systematisch weiter- und fortbilden. Diese muss sich zielgerichtet an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der „eigenen“ Schule orientieren, aber auch daran, was national und international für das zukünftige Berufsleben Bedeutung hat.

Wesentliches Merkmal einer LehrerInnenfortbildung ist deren Qualität.

Dabei darf eine Fortbildungsmaßnahme nicht von der Bereitschaft einzelner LehrerInnen abhängen. Verpflichtende Fortbildungen, sowohl für die einzelne LehrerIn aber auch für Teams und für das ganze Kollegium, gehören nach unserer Meinung zum Selbstverständnis des Lehrberufes.

In einer Zeit, in der lebenslanges Lernen für eine ganze Gesellschaft selbstverständlich ist, muss dies gerade auch für einen Berufsstand gelten, der im System Schule ausbildet.

Für den Lehrberuf nicht geeignete oder nicht mehr geeignete Lehrer und Lehrerinnen sollten nicht mehr unterrichten.

Unzählige Beispiele belegen, dass die Motivation und darüber hinaus die Leistungsbereitschaft von SchülerInnen durch solche Lehrpersonen verloren gehen. Möglichkeiten eines Wechsels für LehrerInnen in andere Aufgabenfelder außerhalb des Systems Schule und deren Verwaltungseinrichtungen, muss möglich sein. Hierbei ist darauf zu achten, dass dabei Ansprüche an die Sozialleistungssysteme nicht verloren gehen.

Wir Eltern fordern eine enge Kooperation der Schulen mit Firmen, Universitäten und so weiter (nicht nur einmal im Jahr zum Vorstellen von Berufsfeldern). Auf diese Weise hinkt Schule nicht hinter den Entwicklungen aus der Arbeitswelt her.

Dabei hat Schule darauf zu achten, dass Bildung zeitgemäß ist und nicht nur dem Zeitgeist entspricht.

**Der Arbeitsplatz der Lehrkräfte ist die Schule.
Der AK GEB BW fordert, dass die Lehrkräfte ihren Arbeitsauftrag in vollem Umfang an der Schule erbringen. Für die Schüler und Schülerinnen sowie die Eltern bedeutet dies eine weitere Hilfestellung in der Bewältigung des Schulalltags. Die Schule erfährt mehr Flexibilität.**

Im Anbetracht der Neudefinierung des Lehrberufes wird eine alte Forderung von Eltern wieder aktuell.

Der Arbeitsplatz der Lehrkräfte ist die Schule.

In der Diskussion um Ganztageschulen ergeben sich neue Chancen und vor allem pädagogische Gestaltungsmöglichkeiten, wenn LehrerInnen den ganzen Tag erreichbar sind.

Wir erteilen dem Halbtageskartell eine Absage, denn es gibt bereits keine wirkliche Halbtageschule mehr – spätestens mit Ende der Grundschule, wenn diese denn eine verlässliche war, werden Eltern vor große Probleme gestellt.

Wir haben auch das Handicap, dass unsere Schulen durchschnittlich 3 Monate im Jahr für Schüler und Schülerinnen geschlossen sind.

Wir wünschen uns eine Einrichtung, welche auch in der unterrichtsfreien Zeit geöffnet ist und attraktive Angebote anbietet.

Dies können Lernangebote zu vorangegangenen Unterrichtsstoffen sein, aber genauso gut Angebote für Hochbegabte und Werkstätten für die unterschiedlichsten Bereiche.

Dabei ist gut vorstellbar, dass eine Schule in der Hauptferienzeit 6 Wochen „Betriebsferien“ macht, in der anderen Zeit, der unterrichtsfreien Zeit, werden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an der Schule für Lehrkräfte durchgeführt und die Werkstätten für die SchülerInnen, durchaus in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern angeboten.

Ganz ausdrücklich wollen wir an dieser Stelle unsere Anerkennung allen LehrerInnen aussprechen, die mit großem Engagement diesen verantwortungsvollen Beruf ausüben und sich für ihre SchülerInnen, für unsere Kinder stark machen und für sie da sind. Wir wissen um diese Leistung und wir bezeugen unseren Respekt.

Eine Reform, welche unter Einbeziehung aller am Schulleben Beteiligten die Rahmenbedingungen neu und wirkungsvoll definiert und bei einer Neugestaltung von Bildung die partei- und verbandspolitischen Interessen außen vor lässt.

Die Reform, welche nun umgesetzt werden soll, soll ja die demokratischste Reform aller Zeiten gewesen sein – schließlich hatte jeder die Möglichkeit sich via Internet zu äußern.

In die Gestaltung der Schulcurricula sollten wir Eltern an den Schulen miteingebunden werden. So war es versprochen – die Rückmeldung, welche wir von AK GEB BW erhalten haben ist, dass dies nur in verschwindend geringer Zahl geschehen ist. Und in den ersten Klassenpflegschaften herrschte noch, so auch hier die Rückmeldungen an den AK GEB BW, eine gewisse Hilflosigkeit an den Schulen, wenn Eltern direkt nach den Verbesserungen fragten, die diese Reform für unsere Kinder bringt.

Diese Reform wurde in berauscher Geschwindigkeit erstellt. Da ist es geradezu Hohn, dass wir im selben Atemzug hören, es dauere ungefähr 10-15 Jahre, bis diese Reform greift. Klasse, kann man da nur sagen – dann haben möglicherweise unsere Enkel etwas davon.

Und – andere Länder können in dieser Zeit ihre bereits guten Schulsysteme weiter verbessern, während in Deutschland immer noch auf „Aussortieren“ gesetzt wird.

Auf den Prüfstand muss in dieser Republik auch dieses föderale Wirrwarr, dass dazu führt, 16 verschiedene Verpackungen für ein und dieselbe Vorschrift zu formulieren.

Wir Eltern wollen gleiche Bildungschancen in allen Regionen Deutschlands. Dazu gehört, dass nationale Bildungsstandards auf der Grundlage eines Kerncurriculums als Mindeststandards definiert werden. Und zwar bitte nicht auf dem untersten Niveau.

Und es wird höchste Zeit, Bildungs- und Sozialpolitik aus einem Guss zu machen.

Eine gute und moderne Schule muss Kompetenzen vermitteln. Eine gute Schule wird sich, nicht nur aber auch, daran messen lassen müssen, wie gut sie mit den schwächeren Kindern umgeht. Die reine Unterrichtsschule, nur auf vermitteln und pauken von Fachinhalten ausgerichtet, hat ausgedient.

Im übrigen wird in keinem anderen Land als in Deutschland soviel darüber geklagt, dass in den Klassen, in den Schulen die falschen Kinder sitzen. Hierzu kann man eigentlich nur sagen: „Es ist keine besondere Leistung SchülerInnen, welche selbstreguliert lernen, zu unterrichten und an das jeweilige Klassenziel zu führen.“ Eine wirkliche Aufgabe ist es, jedem Kind mit seinen Fähigkeiten gerecht zu werden, es zu fördern und zu stärken.

Schule muss ein Ort sein, an dem alle SchülerInnen mit Ihren Schwächen und Stärken angenommen werden und an dem sie individuell gefördert und gefordert werden.

Wir meinen, dass eine gemeinsame Schule ist der richtige Weg dazu.

Unsere Kinder treten, wenn sie die Schule verlassen, in den Wettbewerb mit gutausgebildeten Kindern aus Deutschland, aus Europa und dem Rest der Welt ein. Ein zukunftsfähiges Bildungsangebot, ein zukunftsfähiges Bildungssystem, ist daher wesentlich mitentscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir erwarten als Eltern, dass Schule wichtiges verwertbares Wissen für die Zeit des Erwerbslebens vermittelt. Und dies bitte nachhaltig.

Wir brauchen die bessere Förderung jedes Einzelnen, weil fehlende Chancengleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf Dauer den sozialen Frieden gefährdet.

Mit Blick auf die immer älter werdende Gesellschaft und mit Blick darauf, dass wir immer weniger junge Menschen haben, ist es mehr denn je notwendig, dass alle Kinder bestens ausgebildet werden und dass jeder in dieser Gesellschaft Zugang zu Bildung von hoher Qualität hat.

Wir brauchen jedes Kind.

Eltern sind Partner der Schule und erwarten, dass sie von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Schule wahr und ernst genommen werden. Eltern sind in die Schulkonzeption und Umsetzung verantwortlich einzubinden. Ein partnerschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis ist die beste Voraussetzung für ein effektives, zielgerichtetes, erfolgreiches Bildungssystem.

Meine Damen und Herren,

wir können mit Liebe, mit Verständnis und mit einem „Roten Faden“ in der Erziehung unsere Kinder stützen und fördern. Wir können ihnen vorlesen, vorsingen, vorspielen, mit ihnen spielen, ihnen Regeln beibringen, die hilfreich in dieser Gesellschaft sind. Dies können wir – meistens.

Wir sind jedoch nicht ausgebildet Defizite zu erkennen und zu diagnostizieren. Wir können erahnen, dass etwas nicht stimmt und unser Kind womöglich „hochbegabt“ ist. Das ist in unserem Schulsystem bisher auch keine gute Voraussetzung für gute Noten.

Wir benötigen Fachkräfte für unsere Kinder, die gerne mit unseren Kindern arbeiten und mit denen wir vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Schule hat die Erziehungsaufgaben der Eltern zu unterstützen.

Dazu muss zunächst einmal jede Schule in enger Zusammenarbeit mit den Eltern ein pädagogisches Konzept erstellen, welches in entsprechenden Zeitabschnitten aktualisiert wird.

Der Vorwurf, dass viele Eltern ihre Kinder einfach in die Schule abgeben und sich dann um nichts mehr kümmern, mag durchaus manchmal berechtigt sein. Allerdings verweise ich darauf, dass wir Eltern auch heute noch nicht an jeder Schule wirklich willkommen sind. Da verwundert es auch nicht, dass Eltern Schule als notwendiges Übel betrachten.

Wenn Eltern aber erzieherische Aufgaben nicht mit der von der Gesellschaft gewünschten Verantwortung übernehmen **können**, müssen entsprechende Helfersysteme vorhanden sein. Diese Eltern benötigen Unterstützung und nicht auch noch zusätzlich Stigmatisierung.

Wir können aber durchaus davon ausgehen, dass Eltern ihre Kinder nicht einfach so in ein System abgeben wollen. Wir wollen ein System, welches unsere Erziehungsaufgaben unterstützt, ein System, dem wir vertrauen können, ein System, das uns und unsere Kinder ernst nimmt, Transparenz erzeugt und den Umgang mit uns Eltern auf gleicher Augenhöhe pflegt.

Es hat sich herauskristallisiert, dass wir dringend eine Einrichtung benötigen, welche unseren Beschwerden und Sorgen, berechtigt oder unberechtigt, sachlich nachgeht und sinnvolle Lösungswege anbietet.

Leider lehrt die Erfahrung, dass FachabteilungsleiterInnen, Schulleitungen und Schulverwaltungen nicht immer hilfreich bei Problemstellungen sind und häufig in Abwehrstellung gehen oder einfach nur abblocken bzw. „aussitzen“.

Hier eine kompetente, unabhängige Ansprechpartnerin mit entsprechender Entscheidungsbefugnis zu haben ist sinn- und wirkungsvoll.

**Schule ist Teil unserer Gesellschaft.
Jede Schule gibt sich ein eigenes Schulprofil und erzeugt Transparenz.
Externe Partner aus den Bereichen Handwerk, Industrie, Jugendhilfe, Vereinen usw. sind in den Bildungsbereich einzubeziehen. Hierbei muss Schule eine wesentlich größere Selbständigkeit erhalten. Mehr Eigenständigkeit bedeutet auch: mehr Kreativität, mehr Flexibilität, mehr Motivation der Beteiligten.
Dies kann das Schulklima positiv beeinflussen.
Die freie Schulwahl wird weitestgehend ermöglicht.**

Mehr Eigenständigkeit bedeutet, dass Schule sich ihr Personal, von der Verwaltungsfachfrau im Sekretariat über die Hausmeisterin bis zu den Lehrpersonen, selber sucht und einstellt. Und Rechenschaft über dies abgibt. Gemeinsam mit Eltern und SchülerInnen sowie außerschulischen Partnern erstellt die Schule ihr Profil.

Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner ergibt sich aus dem Profil, der Umgebung und den Bedürfnissen der Schule und der in der Schule lebenden und lehrenden Menschen.

Die freie Schulwahl ermöglicht es den Eltern, Beruf und Familie besser zu koordinieren.

Meine Damen und Herren, eine Schule für alle, in einem Bildungssystem vom Kindergarten an durch die kostenfreie Vorschule, würde erreichen, dass allen SchülerInnen der gleichen Zugang zu qualitativ hoher Bildung ermöglicht wird. Von klein auf können die Kinder gemeinsam mit- und voneinander lernen. Eine Trennung aufgrund sozialer/kultureller/nationaler Herkunft findet nicht statt. Die Kinder werden nicht mit einem Etikett versehen und sortiert. Und wir sind uns sicher, dass damit verbunden eine deutlich größere Anerkennung von Schule und damit der in Schulen tätigen Menschen erreicht wird.

Die Spitzen an jeder Schule wirken motivationsfördernd für andere SchülerInnen und es findet eine natürliche „Elitenbildung“ an jeder Schule statt. Eltern müssen ihre Kinder nicht aus ihrem sozialen Umfeld reißen, um ihnen eine ihrer Begabung entsprechende Förderung zu gewährleisten.

Die Leistungen von SchülerInnen und damit auch von Schule werden spürbar verbessert. Im internationalen Wettbewerb werden unsere Kinder ihren Platz finden und gut ausfüllen.

Bildung erhält einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft.

Wir versprechen Ihnen keine blühenden Schullandschaften, aber wir meinen, dass wir mit einer Schule für alle, mit den entsprechenden Vorgaben, gut gerüstet in die „**Bildungszukunft**“ schauen können.

Vielen Dank.